



NACHBARSCHAFTSFORUM
NIEDERAUSSEM

Nachbarschaftsforum
Niederaußem

27. Sitzung

Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle
Werkstraße, 50129 Bergheim

9. Oktober 2018

Protokoll der 27. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem vom 9. Oktober 2018

Teilnehmende: siehe Teilnehmerliste (**Anlage 01**)
Dauer: Dienstag, 9. Oktober 2018, 14.00 Uhr – 17.00 Uhr
Leitung: Ralf Eggert, IFOK GmbH
Ort: Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle
Werkstraße
50129 Bergheim

Protokoll: Robin Rieprich, IFOK GmbH

Anlagen zum Protokoll

TOP 2 Anlage 01 – Teilnehmerliste
TOP 2 Anlage 02 – Protokoll 26. NBF Niederaußem
TOP 3 Anlage 03 – Präsentation: Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
Anlage 04 – Präsentation: Klimarelevante Emissionen entlang der Wertschöpfungskette der Kohle- und Gasverstromung
Anlage 05 – Präsentation: Die neue RWE
TOP 4 Anlage 06 – Präsentation: Rekultivierung im Rheinischen Braunkohlenrevier
TOP 5 Anlage 07 – Presseinformation 27. Nachbarschaftsforum Niederaußem

Tagesordnung

TOP 1 Begrüßung und Tagesordnung

TOP 2 Protokoll der 26. Sitzung vom 20. Februar 2018

TOP 3 Aktuelles

3.1 Aktueller Stand Genehmigungsverfahren BoAplus

3.2 Überführung der Blöcke E und F in die Sicherheitsbereitschaft

3.3 Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

3.4 Studie zu CO₂-Bilanzen von verschiedenen Energieträgern entlang der Wertschöpfungskette

3.5 Transaktion von RWE und E.ON

3.6 Aktuelle Themen der Mitglieder

TOP 4 Schwerpunktthema: „Rekultivierung im Rheinischen Revier“

Referent: Gregor Eßer, Leiter der Forschungsstelle Rekultivierung der RWE Power AG

TOP 5 Weiteres Vorgehen

TOP 1 Begrüßung und Tagesordnung

Der Moderator Ralf Eggert begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 27. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem und als Referenten Herrn Gregor Eßer, Leiter der Forschungsstelle Rekultivierung der RWE Power AG. Er begrüßt außerdem als neues Mitglied des Forums Herrn Hans-Josef Weck, den neuen Ortsbürgermeister von Oberaußem.

Anschließend stellt Herr Eggert die Tagesordnung vor. Raum für den Austausch zum Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Rodung im Hambacher Forst wird unter TOP 3.3 gegeben. Unter TOP 3.6 „Aktuelle Themen der Mitglieder“ werden keine zusätzlichen Tagesordnungspunkte aufgenommen. Damit wird die Tagesordnung angenommen.

TOP 2 Protokoll der 26. Sitzung vom 20. Februar 2018

Das Protokoll der 26. Sitzung vom 20. Februar 2018 wird ohne Änderungen angenommen und auf der Webseite des Nachbarschaftsforums veröffentlicht (**Anlage 02**).

TOP 3 Aktuelles

3.1 Aktueller Stand Genehmigungsverfahren BoAplus

Herr Dr. Wagner teilt mit, dass der Genehmigungsantrag für den Kraftwerksblock BoAplus weiterhin bei der Bezirksregierung Köln liegt. Im September 2018 wurde die Vollständigkeit des Antrags zur Anpassung der wasserrechtlichen Erlaubnis des Kraftwerks Niederaußem von der Bezirksregierung Köln bestätigt. Derzeit läuft noch ein Antrag auf Normenkontrolle gegen den Bebauungsplan der Stadt Bergheim für die Anschlussfläche am Kraftwerk Niederaußem. Aus verfahrenswirtschaftlichen Gründen ist eine Verschiebung des weiteren BlmSchG-Verfahrens bis nach dem damit einhergehenden Gerichtstermin empfehlenswert.

3.2 Überführung der Blöcke E und F in die Sicherheitsbereitschaft

Herr Dr. Wagner berichtet dem Forum von der Überführung der Kraftwerksblöcke „Emil“ und „Friedrich“ in die Sicherheitsbereitschaft. Die beiden Niederaußemer Anlagen sind Anfang Oktober 2018 planmäßig vom Netz und in die vierjährige Sicherheitsbereitschaft gegangen. Die beiden Einheiten produzierten insgesamt 200 Milliarden Kilowattstunden Strom – genug, um die Einwohner der Millionenstadt Köln über 100 Jahre lang zu versorgen.

Mit der Sicherheitsbereitschaft werden die Vorgaben der Bundesregierung aus dem Energiewirtschaftsgesetz von 2015 umgesetzt. Es schreibt den deutschen Kraftwerksbetreibern vor, dass sie insgesamt 2.700 Megawatt auf Basis von Braunkohle in eine vierjährige Sicherheitsbereitschaft ver-

setzen müssen. Die Sicherheitsbereitschaft ist Teil des Fahrplans, mit dem RWE Power ihren CO₂-Ausstoß konsequent vermindert. Allein bis 2030 wird das Unternehmen die Emissionen um bis zu 50% gegenüber 2015 reduzieren. Bereits vor einem Jahr hat RWE Power die beiden letzten aktiven Blöcke des Kraftwerks Frimmersdorf konserviert. Zum 1. Oktober 2019 folgt Block C des Kraftwerks Neurath.

Herr Dr. Wagner erläutert, dass die Blöcke E und F bei starken Engpässen in der Stromversorgung binnen zehn Tagen wieder aktiviert werden können. Am Ende der vierjährigen Sicherheitsbereitschaft werden sie 2022 endgültig stillgelegt. Mit der Überführung dieser Blöcke in die Sicherheitsbereitschaft und der anschließenden endgültigen Stilllegung gehen bei RWE Power rund 400 hochwertige Stellen im Rheinischen Revier verloren. Diese Arbeitsplätze werden schrittweise und sozialverträglich abgebaut.

Herr Dr. Wagner betont, dass RWE mit der Vergütung der Sicherheitsbereitschaft durch die Bundesnetzagentur vor allem die eigenen Kosten decken kann.

3.3 Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Herr Kerlen informiert das Forum über die Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (siehe **Anlage 03**). Der Auftrag der Kommission wird in der Öffentlichkeit zumeist auf die Zukunft der Kohle reduziert, geht aber weit darüber hinaus. Ziel der Kommission ist es, bis Ende 2018 ein Aktionsprogramm mit den folgenden Inhalten zu erarbeiten:

- Maßnahmen, um die Lücke zum nationalen Klimaschutzziel 2020 so weit wie möglich zu schließen.
- Maßnahmen, um das 2030-Ziel im Energiesektor zuverlässig zu erreichen (einschließlich Folgenabschätzung).
- Plan zur Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung einschließlich Abschlussdatum und nötiger Begleitmaßnahmen.
- Vorschläge zur Bewältigung des Strukturwandels und deren finanzielle Absicherung.

Das Bundeskabinett hat 31 Mitglieder in die Kommission berufen. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), Umweltministerin Svenja Schulze (SPD), Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) sind gemeinsam für die Kommission verantwortlich, unterstützt von einem Staatssekretärsausschuss und einer Geschäftsstelle im Wirtschaftsministerium für Organisatorisches.

Herr Kerlen betont, dass der Zeitplan für den breiten Arbeitsauftrag der Kommission ehrgeizig ist: Vorschläge zum Strukturwandel sollen im Oktober 2018, Vorschläge für CO₂-Minderungsmaßnahmen Anfang Dezember und der Abschlussbericht Ende Dezember 2018 vorliegen. Ein Weg zur Erreichung

des Klimaziels für 2030 soll im Jahr 2019 gesetzlich geregelt werden. Die Kommission wird im Rahmen einer „Revierfahrt“ Ende Oktober 2018 auch das Rheinische Revier besuchen.

RWE machte bereits von der Gelegenheit gebrauch, ihre Standpunkte der Kommission zu übermitteln. Dabei wurde laut Herr Kerlen vor allem darauf hingewiesen, dass die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit im Blick behalten werden müssen und abrupte Strukturbrüche in den betroffenen Regionen vermeiden werden müssen. Des Weiteren wurde betont, dass die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen nicht gefährdet werden darf.

Gerade Nordrhein-Westfalen ist als Industriestandort auf eine sichere, verlässliche und vor allem bezahlbare Energieversorgung angewiesen. Hier befinden sich viele energieintensive Betriebe, etwa in der chemischen Industrie, der Aluminium- oder der Stahlindustrie. Strompreise sind für diese Betriebe ein entscheidender Standortfaktor.

Herr Zimmermann, Vertreter der IHK Köln, weist auf eine aktuelle Studie im Auftrag der IHK hin. Diese zeigt, dass der industrielle Einsatz von Energie im IHK-Bezirk Köln eine deutlich größere Bedeutung als im Landes- und Bundesdurchschnitt hat. 37.000 Beschäftigte arbeiten in energieintensiven Industrien, der Umsatz liegt bei jährlich rund 14 Milliarden Euro. Die Studie ist unter <https://www.ihk-koeln.de/Energiestudie.AxCMS> abrufbar.

Herr Kerlen stellt eine Studie von „frontier economics“ im Auftrag der RWE vor. Diese zeigt, dass es durch den Kernenergieausstieg und weiter steigende CO₂-Preise schon ohne vorzeitigen Kohleausstieg bis 2040 zu einem deutlichen Anstieg der Strompreise kommen wird (siehe **Anlage 03**, Seite 3). Durch einen politisch forcierten Kohleausstieg würden sich die Preise noch weiter erhöhen, dadurch wären Arbeitsplätze in den energieintensiven Industrien gefährdet.

Kohlekraftwerke tragen nicht nur zu einer bezahlbaren Stromproduktion und damit zur Stärkung der Wirtschaft in der Region bei, so Herr Kerlen, sie sind auch für die Versorgungssicherheit unverzichtbar. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie werden die Kraftwerkskapazitäten knapp. Bei Dunkelflauten im Winter beträgt der Anteil der Kohle an der Energieerzeugung derzeit noch über 50 Prozent (siehe **Anlage 03**, Seite 4).

Herr Kerlen betont, dass diese Aspekte in ein schlüssiges Gesamtkonzept der Kommission mit tragfähigen Lösungen für alle Seiten einfließen müssen.

Ein Mitglied des Forums fragt, ob im Falle eines großen Stromausfalls („*blackout*“) Kraftwerke aus eigener Kraft wieder hochfahren können. Herr Kerlen antwortet, dass für solche Fälle Notfallpläne vorbereitet sind, um eine möglichst schnelle Wiederherstellung der Versorgung zu erreichen. In Verbindung mit den elektrischen Verbrauchern in den Tagebauen können sich die Braunkohlekraftwerke im Eigenbedarf abfangen und eine Hochfahrinsel für das Stromnetz bilden, um so die Wiederherstellung der flächendeckenden Stromversorgung zu unterstützen.

Aus dem Kreis der Teilnehmenden kommt die Frage, ob RWE für den Fall, dass ein kurzfristiger Ausstieg aus der Kohleenergie politisch beschlossen werde, einen „Plan B“ habe. Herr Kerlen weist da-

rauf hin, dass es für die Energiewende entscheidend sei, die Erneuerbaren Energien und die Netze auszubauen; dann ergebe sich der Rückgang der Kohleverstromung automatisch. Dies habe RWE so auch der Kommission dargestellt. Der Politik ist durchaus bewusst, dass es Zeit braucht, um den Wandel zu vollziehen. RWE wird durch die Transaktion mit E.ON zum drittgrößten Erzeuger von Erneuerbaren Energien in Europa (siehe auch TOP 3.5). Der Konzern ist also gut für die Zukunft aufgestellt.

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster zur Rodung im Hambacher Forst

Auf Nachfragen der Mitglieder geht Herr Kerlen auf den Beschluss des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vom 5. Oktober 2018 zur Rodung im Hambacher Forst ein.

Durch den Beschluss des OVG Münster wird bis zur Gerichtsentscheidung in der Hauptsache die Rodung im Hambacher Forst untersagt; ansonsten darf der Tagebau aber weiter betrieben werden. Nachdem RWE bereits in der vergangenen Rodungsperiode 2017/18 auf die Inanspruchnahme des Waldes verzichtet hatte, werden nun innerhalb des nächsten Jahres kurzfristig erhebliche, betriebliche Auswirkungen auf die planmäßige Entwicklung des Tagebaus Hambach erwartet. Durch den Rodungsstopp kommt aber nicht sofort der gesamte Tagebau zum Stillstand. Die Förderleistung wird gedrosselt, damit Kohle verfügbar bleibt, wenn auch in geringerer Menge. Die jährliche Braunkohleförderung wird in einer unterstellt dreijährigen Übergangsphase um jährlich 10-15 Millionen Tonnen reduziert.

RWE entsteht durch den Rodungsstopp ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden; inwieweit es zu kurzfristigen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze kommt, ist noch offen.

Weitere Fakten und Hintergründe sowie Erklärfilme zum Tagebau Hambach und dem Hambacher Forst sind auch online unter www.hambacherforst.com verfügbar.

3.4 Studie zu CO₂-Bilanzen von verschiedenen Energieträgern entlang der Wertschöpfungskette

Herr Kerlen geht auf einen Vergleich von klimarelevanten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette der Kohle- und Gasverstromung ein (siehe **Anlage 04**). In dem vorgestellten Ansatz wurde die Gesamtkette der Nutzung von Erdgas, Flüssigerdgas (*engl. liquefied natural gas /LNG*) sowie Stein- und Braunkohle auf Basis bestehender Literatur betrachtet. Zentrales Ergebnis des Vergleichs ist, dass klimarelevante Emissionen nicht nur durch die Verstromung in den Kraftwerken, sondern auch durch Förderung der Energieträger, die Aufbereitung und den Transport entstehen. Diese Emissionen entlang der Wertschöpfungskette sind bei Braunkohle aus Deutschland geringer als bei importierten Energieträgern. Bei einer ganzheitlichen Betrachtung verringern sich somit die Abstände zwischen den klimarelevanten Emissionen von Braunkohle und anderen Energieträgern.

3.5 Transaktion von RWE und E.ON

Herr Kerlen informiert das Forum über die derzeit laufende Transaktion von RWE und E.ON (siehe **Anlage 05**). Die beiden Unternehmen haben vereinbart, einen weitreichenden Tausch von Vermögenswerten und Geschäftsbereichen durchzuführen. RWE wird das Geschäft der Erneuerbaren Energien von innogy und E.ON übernehmen und wird dadurch zu einem breit aufgestellten Stromerzeuger, der sein konventionelles Erzeugungsgeschäft mit einem großen Portfolio aus Erneuerbaren Energien ergänzt und über seine bestehende Handelsplattform vernetzt. Durch die Transaktion wird RWE zum fünfgrößten Anbieter von Erneuerbaren Energien weltweit und zum Drittgrößten in Europa. Das Unternehmen plant, jährlich 1,5 Milliarden Euro in Erneuerbare Energien zu investieren.

Des Weiteren treibt RWE Wachstumsoptionen in der Gas-Kraftwerksflotte voran und wird in diesem Bereich zur Nummer 4 in Europa. Außerdem setzt RWE in Zukunft vermehrt auf zertifizierte Biomasse: Aus nachwachsendem Holz gepresste Pellets werden in niederländischen Kraftwerken mehr und mehr die Steinkohle ersetzen.

Herr Kerlen erläutert, dass RWE und E.ON planen, die Transaktion im Jahr 2019 abzuschließen.

Ein Mitglied des Forums fragt, ob trotz der Neuausrichtung am Kohleveredlungsbetrieb Fortuna-Nord festgehalten werde. Laut Herr Kerlen ist davon auszugehen, dass die Fabrik weiter betrieben wird.

TOP 4 Schwerpunktthema: „Rekultivierung im Rheinischen Revier“

Herr Gregor Eßer, Leiter der Forschungsstelle Rekultivierung der RWE Power AG, informiert die Forumsmitglieder in seinem Vortrag über die Rekultivierung und die Artenschutzmaßnahmen im Rheinischen Braunkohlenrevier (siehe **Anlage 06**).

Er berichtet, dass seit über 100 Jahren die ehemaligen Braunkohleabbaugebiete im Rheinland rekultiviert werden. Auf ehemaligen Tagebauflächen entstehen artenreiche Landschaften und wertvolle, landwirtschaftlich nutzbare Böden. Rund 3.000 Tier- und über 1.300 Pflanzengattungen, darunter viele bedrohte Arten, haben sich in den über 30.000 Hektar rekultivierten Flächen im Rheinischen Revier angesiedelt. Die Vielfalt der Standorte – Acker, Wiesen, Wald, Fließgewässer, Seen und Sonderbiotope – sorgt für Artenvielfalt in der Region. Da gute Bedingungen für die Pflanzen und Tiere geschaffen werden, kommen die Arten in der Regel von allein an die Standorte.

Rekultivierungsgebiete in der Region liegen unter anderem im ehemaligen Tagebaubereich Garzweiler, in den Bereichen Zukunft/Inden, Hambach, Fortuna, Südrevier und Berrenrath/Frechen (siehe **Anlage 06**, Seite 9). In der Regel wird bei der Tagebaurekultivierung Material, das auf der einen Seite des Tagebaus gewonnen wird, direkt auf der anderen Seite mit einem sogenannten Absetzer aufgebracht. Gelegentlich wird das Material jedoch auch zwischen den Tagebauen transportiert oder für längere Zeit zwischengelagert.

Flächenbilanzen zeigen, dass in der Region durch die Wiedernutzbarmachung mehr Wald entstanden ist, als durch die Landinanspruchnahme verloren ging (siehe **Anlage 06**, Seite 10). Neben der forst-

wirtschaftlichen Rekultivierung hat die landwirtschaftliche Rekultivierung eine große Bedeutung. Ziel ist es, die Böden so wiederherzustellen, dass die Qualität und die Ertragsleistung gegenüber dem Tagebauvorfeld beibehalten oder gesteigert werden.

Die Forschungsstelle und die Rekultivierungsabteilung der RWE führen an den rekultivierten Standorten zahlreiche Pflegemaßnahmen wie Obstbaumschnitt, Wiesenmahd, Freischneiden von Orchideenstandorten und Kopfbauumschnitt durch.

Darüber hinaus werden gezielt Nistmöglichkeiten und neue Lebensräume für verschiedene Arten geschaffen. So zum Beispiel im Rahmen des Artenschutzkonzepts Hambach, wie Herr Eßer darlegt. RWE setzt ein Schutzkonzept für die Bechsteinfledermaus und die anderen betroffenen Tierarten um und hat für den Artenschutz in Hambach bislang mehr als 50 Millionen Euro ausgegeben. Rund 800 Hektar Altwald im Umfeld des Tagebaus werden ökologisch aufgewertet und gesichert. Totholzstämme werden nicht weggeräumt, sondern dienen Tieren als Heimstatt. Auf weiteren 100 Hektar werden Allees, Grünzüge und andere Vernetzungsstrukturen angelegt – als Ausbreitungswege für die seltenen Fledermäuse.

Ziel der Arbeit der Forschungsstelle Rekultivierung ist es, den Prozess der Rekultivierung ständig zu verbessern und zu dokumentieren. Sie begleitet die Naturschutz- und Artenschutzprojekte und untersucht, welche ökologischen Auswirkungen die Rekultivierungsarbeit hat. Die Mitarbeiter beobachten genau, wie sich Tiere und Pflanzen in Gebieten ansiedeln, in denen naturnahe Lebensräume wiederhergestellt wurden. Alte Rekultivierungsflächen, zum Beispiel östlich von Liblar, zeigen, dass viele seltene und altwaldgebundene Vogel- und Fledermausarten in den dort entstandenen, mittlerweile 80jährigen Waldbeständen ein neues Zuhause gefunden haben.

Herr Eßer erläutert außerdem, dass in diesem Jahrhundert drei große Seen im Rheinischen Braunkohlerevier entstehen werden: die Tagebauseen Garzweiler, Hambach und Inden (siehe **Anlage 06**, Seite 44). Der Hambacher See wird mit einem Volumen von ca. 5500 Millionen m³ Wasser nach dem Bodensee der zweitgrößte See Deutschlands werden.

Ein Mitglied des Forums fragt, wie die Erfolge in der Rekultivierungsarbeit in die Öffentlichkeit getragen werden. In der öffentlichen Wahrnehmung werde diesem Thema eine zu geringe Wertschätzung beigemessen. Herr Eßer antwortet, dass eine Reihe von Aktivitäten wie Wanderungen, Umweltbildung, Lehre und weitere Veranstaltungen sowie Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Diese Aktivitäten werden gut angenommen und in Zukunft noch intensiviert. Jedoch ist es schwer, gegen das negative Bild vom Tagebau, das sich durch die Medien in der Öffentlichkeit festgesetzt hat, anzukommen.

Ein Mitglied berichtet, dass es die Bevölkerung ausdrücklich wertschätzt, wenn sie bei der Planung von Rekultivierungsmaßnahmen intensiv einbezogen wird, etwa über die lokalen Heimatvereine. Auch die Bevölkerung in der Region könne dazu beitragen, Erfolge in der Rekultivierungsarbeit in die Öffentlichkeit zu tragen.

Abschließend bedankt sich Herr Kerlen für die Rückmeldungen der Teilnehmenden zur Kommunikation von RWE. Diese seien hilfreich, um zu reflektieren, wie die Resonanz zu den Angeboten ausfalle und was noch verbessert werden könne. Er lädt die Teilnehmenden ein, auch in Zukunft Rückmeldungen zum Informationsangebot von RWE, etwa zum Newsletter, zu geben.

TOP 5 Weiteres Vorgehen

Der nächste Termin für die 28. Sitzung des Nachbarschaftsforums Niederaußem ist am

Dienstag, 12. März 2019 von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr

im Informationszentrum am Innovationszentrum Kohle, Werkstraße, 50129 Bergheim.

Als Themen werden vorgeschlagen:

Unter TOP 3 Aktuelles:

- Aktueller Stand Genehmigungsverfahren BoAplus
- Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Ein Vorschlag für ein Schwerpunktthema wird noch erarbeitet und rechtzeitig vor der Sitzung den Mitgliedern vorgelegt.

Herr Eggert verabschiedet einen Teil der Forumsmitglieder, die verbleibenden Mitglieder stimmen gemeinsam die Presseinformation ab, die dem Protokoll als **Anlage 07** angefügt ist.

Themenspeicher

Was?	Wer?	Bis wann?
Aktueller Stand Genehmigungsverfahren BoAplus	RWE	Zur kommenden Sitzung
Rolle der Biomasse (z.B. für die Landwirtschaft)	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Deutschland als Stromimporteur/ -exporteur	RWE Power AG/ externer Referent	Zu einer kommenden Sitzung
Belastungen (Verkehr) und Flächennutzung während der Bauphase BoAplus	RWE Power AG/ externer Referent	wenn Thema relevant wird